

B e s c h l u ß

18.12.1990
in dem Normenkontrollverfahren

des Herrn [REDACTED], [REDACTED]

Antragstellers,

- Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Kersig, Dr. Stähr,
Dr. Wegner, Langen und Streker,
Annenstraße 7, Kiel 1 -

Rechtskräftig

g e g e n

Lönneburg, den

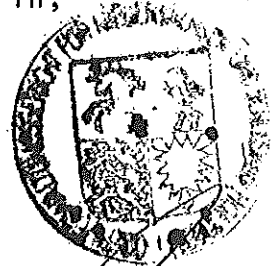
die Landeshauptstadt Kiel, Kiel 1,

19. MRZ. 1991

Antragsgegnerin,

w e g e n

Feststellung der Nichtigkeit der Satzung
zum Schutze des Baumbestandes im Innenbereich
der Landeshauptstadt Kiel vom 26. Juni 1986.



Der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts für die Länder
Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat am 6. Dezember 1990
ohne mündliche Verhandlung durch den Vorsitzenden Richter am
Oberverwaltungsgericht Eichhorn, den Richter am Oberverwal- Justizoberinspektor
tungsgericht Dr. Berkenbusch, die Richterin am Oberverwaltungs-
gericht Heeren sowie den ehrenamtlichen Richter Dützmann und
die ehrenamtliche Richterin Fricke beschlossen:

Die Satzung zum Schutze des Baumbestandes im
Innenbereich der Landeshauptstadt Kiel vom
26. Juni 1986 ist nichtig.

Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des
Verfahrens.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf
6.000,-- DM festgesetzt.

Rechtsmittelbelehrung:

Die Nichtvorlage nach § 47 Abs. 5 VwGO kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule (§ 67 Abs. 1 VwGO) beim

Oberverwaltungsgericht für die Länder
Niedersachsen und Schleswig-Holstein,
2120 Lüneburg, Uelzener Straße 40,

durch eine noch innerhalb derselben Frist zu begründende Beschwerde angefochten werden (§§ 47 Abs. 7, 132 VwGO).

G r ü n d e

I.

Der Antragsteller begehrt die Feststellung der Nichtigkeit der sog. Baumschutzsatzung der Antragsgegnerin.

Er ist Eigentümer eines Grundstücks im Stadtgebiet der Antragsgegnerin; gegen ihn ist ein Bußgeldbescheid ergangen mit dem Vorwurf, er habe ohne Genehmigung eine auf seinem Grundstück stehende Trauerbuche fällen lassen.

Die Antragsgegnerin hat unter dem 26. Juni 1986 eine Satzung zum Schutze des Baumbestandes in ihrem Innenbereich erlassen (veröffentlicht in den ~~.....~~ Nachrichten am 12. Juli 1986), die nach Maßgabe ihres § 10 mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft getreten ist. Nach dem in § 1 der Satzung angegebenen Schutzzweck wird der Baumbestand in der Landeshauptstadt ~~.....~~ zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, zur Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- und Landschaftsbildes und zur Abwehr schädlicher Einwirkungen nach Maßgabe der Satzung geschützt. Zum Geltungsbereich der Satzung heißt es in § 2 Abs. 1 wie folgt:

"Der räumliche Geltungsbereich der Satzung umfaßt alle Gebiete, für die Bebauungspläne bestehen, sowie die im Zusammenhang bebauten Ortsteile. Er ist in einer Karte im Maßstab 1 : 15.000 dargestellt. Die Karte kann während der Dienststunden beim Garten- und Friedhofsamt der Landeshauptstadt ~~.....~~ eingesehen werden."

Der Antragsteller, der am 31. Juli 1989 beim beschließenden Senat ein Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO anhängig gemacht hat, hält die Satzung insbesondere im Hinblick auf die Regelung ihres räumlichen Geltungsbereiches sowie der Nichtveröffentlichung der hinterlegten Karte für

nichtig: Der räumliche Geltungsbereich sei durch § 2 Abs. 1 nicht hinreichend bestimmt. Die textliche Beschreibung des räumlichen Geltungsbereiches, die in bezug genommene Karte und schließlich die Verbindung beider eröffneten Zweifel, die rechtsstaatlich unzulässig seien. § 60 Abs. 6 LPflegG räume dem Satzungsgeber zwei Alternativen ein, entweder eine exakte textliche Umschreibung (Satz 1 Nr. 1) oder eine Beschreibung unter Zuhilfenahme von Karten (Satz 1 Nr. 2). Wähle der Satzungsgeber die letztgenannte Möglichkeit, so müsse die Karte mit hinreichender Klarheit erkennen lassen, welche Grundstücke zum Schutzgebiet gehören (§ 60 Abs. 6 Satz 3 LPflegG). Die hinterlegte Karte sei unbrauchbar, weil sich auf ihr die Grundstücksgrenzen durchweg nicht erkennen ließen; allenfalls seien - wenn auch nur mit erheblicher Mühe - Straßenzüge als Anhaltspunkte für Begrenzungen erkennbar. Auch die Bezugnahme auf Bebauungspläne sei unzulässig. Unabhängig hiervon müsse auch die Erforderlichkeit der Satzungsgebung bezweifelt werden. Die Antragsgegnerin habe schließlich auch das Planungsermessen nicht ordnungsgemäß ausgeübt.

Der Antragsteller beantragt,

die Satzung zum Schutze des Baumbestandes im Innenbereich der Landeshauptstadt Kiel (Baumschutzsatzung) vom 26. Juni 1986 für nichtig zu erklären.

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Antrag zurückzuweisen.

Sie tritt dem Begehren des Antragstellers im einzelnen entgegen und macht insbesondere geltend, sie habe das Bestimmtheitsgebot gewahrt. Der Landesgesetzgeber habe, wie § 60 Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 LPflegG iVm den Sätzen 2 und 3 zeige, eine Rangfolge zwischen Text und Karte festgelegt. Der Text liefere lediglich die grobe Beschreibung, während die Karte

"mit hinreichender Klarheit" erkennen lassen müsse, welche Grundstücke zum Schutzgebiet gehörten. Demnach sei die Karte maßgeblich. Zu Ungereimtheiten zwischen Text und Karte könne es mithin nicht kommen, weil im Zweifel nicht die textliche, sondern die kartographische Beschreibung gelte. Sie habe sich an die Vorgaben des Gesetzgebers gehalten. Auch die flächen-deckende Unterschutzstellung des gesamten Innenbereiches der Stadt stelle kein fehlerhaft ausgeübtes Planungsermessen dar. Nach vorgenommenen Auswertungen des vorhandenen Bestandes sei der gesamte städtische Baumbestand stark gefährdet und bedürfe eines besonderen Schutzes.

Für das weitere Vorbringen der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakten verwiesen. Die Planunterlagen haben dem Gericht zur Einsicht vorgelegen.

II.

Der nach § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO zulässige Antrag des Antragstellers ist begründet. Die von ihm angefochtene Norm ist nichtig. Sie verletzt hinsichtlich der Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches (§ 2 Abs. 1 der Baumschutzsatzung) das Bestimmtheitsgebot.

Bei einer Verordnung oder Satzung, deren Zweck es ist, ein bestimmtes Gebiet allgemein oder einzelne natürliche Gegenstände innerhalb eines bestimmten Gebietes besonders unter Schutz zu stellen, ist die zweifelsfreie Bestimmbarkeit der Schutzgebietsgrenzen ein unabdingbares Wirksamkeitserfordernis. Der wesentliche Inhalt einer derartigen Verordnung oder Satzung besteht daher nicht nur in Regelungen über Art und Umfang von Handlungsbeschränkungen innerhalb des Schutzgebiets, sondern auch und gerade darin, wo derartige Beschränkungen in räumlicher Hinsicht enden oder - je nach Standpunkt - beginnen. Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich einer

Satzung ohne weiteres festzustellen. Eine Verordnung, die hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig (BVerwG, Urt. v. 28. November 1963 - BVerwG I C 74.61 -, BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147).

Nach den vom Bundesverwaltungsgericht in diesem Urteil zu einer Verordnung nachkonstitutionellen Rechts aufgestellten Grundsätzen, die auch im vorliegenden Fall anzuwenden sind, ist eine Kombination von textlicher Beschreibung und kartographischer Darstellung in einer hinterlegten Karte zwar nicht unzulässig, um die Grenzen des Schutzgebiets im einzelnen zu kennzeichnen. Dieser Kombinationsmöglichkeit trägt auch § 60 Abs. 6 LPflegG Rechnung, der dem jeweiligen Verwaltungs- oder Satzungsgeber entsprechende Verfahrensweisen an die Hand gibt. Entscheidet sich der zuständige Verwaltungs- oder Satzungsgeber für eine Kombination von Text und Karte, so erfüllt er das Erfordernis der textlichen "Grobumschreibung" aber nur dann, wenn aus dem Text selbst die Gebietsgrenzen "in etwa" hervorgehen; diese also auch ohne Zuhilfenahme von Karten aus sich selbst heraus verständlich sind. Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jeder-
mann könne Karten oder Texte mit überwiegendem juristischen Inhalt lesen (BVerwG aaO). Das unverzichtbare Gebot der textlichen "Grobumschreibung" ist im vorliegenden Fall verletzt.

Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 der Baumschutzsatzung der Antragsgegnerin vom 26. Juni 1986 umfaßt der räumliche Geltungsbereich der umstrittenen Satzung "alle Gebiete, für die Bebauungspläne bestehen, sowie die im Zusammenhang bebauten Ortsteile". Mit dieser Beschreibung, soweit sie sich auf Bebauungspläne bezieht, können die Schutzgebietsgrenzen nur unter Zuhilfenahme weiterer Karten eben dieser Bebauungspläne, die selbst nicht Bestandteil der Baumschutzsatzung sind, ermittelt werden. Die Bezugnahme auf "die im Zusammenhang bebauten Ortsteile"

ist unter dem Gesichtspunkt der Bestimmtheit als Grenzziehungskriterium gänzlich untauglich, weil - wie zahlreiche Entscheidungen auf dem Gebiet des Bauplanungsrechts belegen - in vielen Fällen äußerst Streitig sein kann, wo eine derartige Gebietsgrenze im Einzelfall zu ziehen ist. Kein "Durchschnittsbürger" ist sonach lediglich aufgrund der textlichen Beschreibung zum räumlichen Geltungsbereich der Satzung in § 2 Abs. 1 Satz 1 in der Lage, sich "in etwa" ein Bild über die Gebietsgrenzen zu verschaffen. Auf die hinterlegte Karte kann er insoweit nicht verwiesen werden; denn eine hinterlegte Karte, die - wie hier - nicht mitveröffentlicht worden ist, besitzt lediglich eine Hilfsfunktion. Die Antragsgegnerin als Normgeberin könnte auch nicht mit dem Argument gehört werden, eine anderweitige textliche Grobumschreibung sei unpraktikabel. In einer Stadt von der Struktur der Antragsgegnerin gibt es zahlreiche markante Punkte oder Linien künstlicher oder natürlicher Art, die als Grenzkriterium in Betracht kommen und jedermann verständlich sind. Eine derartige textliche Beschreibung ist zwar umständlicher als die von der Antragsgegnerin gewählte, sie ist aber weder unzumutbar noch unmöglich. Das Gebot der Bestimmtheit geht der Verwaltungsbequemlichkeit vor.

Da eine Norm, deren räumlicher Geltungsbereich nicht hinreichend bestimmt ist, auch im übrigen nicht aufrechterhalten werden kann, ist die Baumschutzsatzung auf Antrag des Antragstellers insgesamt für nichtig zu erklären.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO, die Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes auf § 13 Abs. 1 Satz 2 GKG.

Die Voraussetzungen für eine Vorlage an das Bundesverwaltungsgericht nach § 47 Abs. 5 VwGO liegen nicht vor.

Erleben

H. H. H. H. H.

h. h. h.